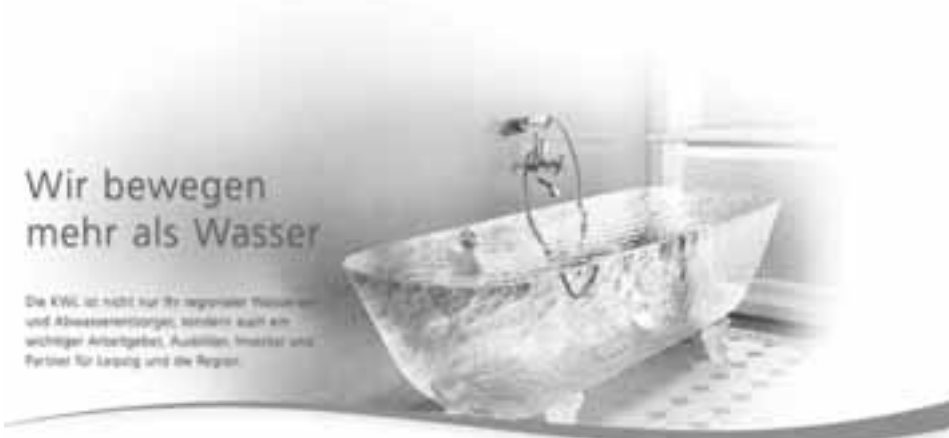


## Der KWL-Skandal und seine Konsequenzen!

von Wolfram Leuze

Die BürgerInnen haben sich bei dem Bürgerentscheid im Januar 2008 sehr klar für den Behalt der kommunalen Betriebe der Daseinsvorsorge in städtischer Hand entschieden. Dieses Votum war für alle Beteiligten dieser Stadt eine klare Verpflichtung. Verwaltung und Stadtrat war von den BürgerInnen mit ihrer Abstimmung ins Stammbuch geschrieben,

Völlig unverantwortlich sind jedoch die entlassenen Geschäftsführer der KWL Heininger und Dr. Schirmer mit dieser bürgerschaftlichen Verpflichtung umgegangen. Sie sind mit dem ihnen anvertrauten Unternehmen unter Umgehung aller Aufsichtsgremien hirnrissige finanzielle Risiken eingegangen. Welche unverantwortliche Hybris muss die



pfleglich mit den städtischen Betrieben umzugehen, für deren Investitionskraft zu sorgen und sie nicht als schwarze Kasse für Haushaltslöcher zu missbrauchen und auszurauben. Die eindeutige Parteinahme der LeipzigerInnen für die Kommunalen Wasserwerke Leipzig (KWL), die Stadtwerke Leipzig (SWL) und die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) war aber auch ein Auftrag an die Geschäftsführung dieser Betriebe, mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns die ihnen anvertrauten Unternehmen gesund fortzuentwickeln.

Geschäftsführer erfasst haben, sich am globalen Handel mit Kreditrisiken zu beteiligen und dabei gar als Versicherer für nicht überschaubare Kreditobligationen aufzutreten? Welch kriminelle Energie muss man hinter Geschäftsleuten vermuten, die Millionenbeträge zur Realisierung dieser unverantwortlichen Risikogeschäfte in schwarzen Kassen an dem von ihnen geführten Unternehmen vorbeigeschleust haben?

Die geschassten Geschäftsführer müssen sich fragen lassen, wie sie es mit

### INHALT

<b>Der Fall Unister und die Macht der Medien</b>	<b>4</b>
<b>Südabkürzung bringt weiteren Fluglärm</b>	<b>5</b>
<b>Großsportveranstaltungen im Liliputformat</b>	<b>7</b>
<b>Schulsanierung kommt ins Stocken</b>	<b>8</b>
<b>Bonusliste für Flugzeuge</b>	<b>8</b>
<b>Entwicklung der Georg-Schumann-Straße</b>	<b>9</b>
<b>Erwartungen an den neuen Kämmerer</b>	<b>10</b>
<b>Fußballfanprojekt - quo vadis?</b>	<b>12</b>
<b>Wirtschafts-Katalysatoren Mikrokredite</b>	<b>13</b>
<b>Beiräte ergänzen Kompetenz</b>	<b>14</b>

ihrer arbeitsvertraglichen Fürsorgepflicht für die KWL vereinbaren, dass Millionenbeträge zumindest buchhalterisch vorübergehend spurlos verschwunden sind. Aber auch die beteiligten Banken UBS, Depfa und LBBW müssen Stellung beziehen, ob die von ihnen vermittelten Geschäfte noch mit der Sorgfalt eines seriösen Bankinstitutes zu vereinbaren sind oder ob für ihr Handeln nicht

**Welche fatalen Folgen** die undifferenzierten Kürzungen der Landesregierung auf die soziale Grundsicherung in unserer Stadt und besonders auf die Jugendhilfe haben, erläutert Annette Körner auf Seite 3

**Welche überraschenden Fakten** deutlich werden, wenn man genauer die energetische Situation unserer Häuser, und hier speziell des Schauspielhauses, ergründet, beschreibt Ansgar König auf Seite 6

**Welche Diskussionen** sich aktuell um den Ausbau des Floßgrabens drehen, welche Sorgen Naturschützer damit haben und welche Rolle uns dabei zufällt, klärt Norman Volger auf Seite 11 auf.

eher das neudeutsche Wort „Bankster“ zutrifft. UBS, Defna und LBBW werden die Frage zu beantworten haben, wie es mit der Verpflichtung zu verantwortbarem Handeln einer Bank vereinbar ist, mit unseriösen Finanzmaklern wie Value Partners zusammenzuarbeiten, deren einziges Ziel es ist, sich selbst zu bereichern und willfährige Geschäftsführer zur Erreichung dieses Ziels wahrscheinlich zu bestechen. Wie vereinbaren schließlich LBBW und Depfa-Bank ihre Flucht unter den mit öffentlichen Haushaltsmitteln finanzierten Rettungsschirm für Banken, wenn sie gleichzeitig finanzklamme Kommunen mit windigen Geschäften über den Tisch ziehen? Wer in den KWL-Sumpf geblickt hat, hat jeden Glauben an die Seriosität des Bankgewerbes verloren. Sie scheinen in Zusammenhang mit der New Economy zu Zockerbuden verkommen zu sein.

- Der Gesellschaftler Stadt muss für die kommunalen Betriebe festlegen, dass **risikobehaftete Finanztransaktionen generell nicht zum genehmigungsfähigen Geschäft öffentlicher Unternehmen** der Daseinsvorsorge gehören.
- **Die Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen müssen ihre Kontrollaufgaben noch effizienter wahrnehmen.** Stadträtinnen und ArbeitnehmerInnen müssen sich prüfen, ob sie den Aufgaben eines Aufsichtsrates immer gewachsen sind. Die Aufsichtsräte von LVV und ihrer Tochterunternehmen sind in ihrer Fachkompetenz auch durch die Berufung externer Branchenexperten zu stärken.

### Neues aus dem Stadtrat

Ohne großen Streit wurde jetzt der **Haushalt für das Jahr 2010** (1,16 Mrd. EUR Verwaltungshaushalt und 338 Mio. EUR Investitionen) verabschiedet. Kein Wunder: Unter dem drohenden Desaster des KWL-Skandals mit seinem über 300-Mio.-EUR-Risiko herrscht die Verunsicherung.

Alle Fraktionen waren vor allem auch um zusätzliche Einsparungen bemüht. So fanden insbesondere unsere Kürzungsanträge bei Gutachten (1 Mio. EUR), Dienstreisen (100 T EUR), zur Streichung der Mittel für Public Viewing (150 T EUR, die nun privat aufgebracht werden) oder der Mittel für die geschlossene Führerscheinstelle (72 T EUR) fast einstimmige Zustimmung. Auf der anderen Seite haben wir natürlich auch Schwerpunkte gesetzt. So wird das Personal im Standes- und Bürgeramt aufgestockt, um die riesigen Wartezeiten zu verkürzen. Mehr Geld gibt's auch für Spielplätze oder – ganz neu – gezielt für ein Lärmschutzprogramm. Ebenso erhöhen sich die Ausgaben für die Kulturszene, für Honorare in Kitas und Ferienheizen für SchülerInnen. Auch beim Bauen haben wir Vorgaben gesetzt. Die Lärmschutzwand an der B 2, die Rot-rot im vergangenen Jahr zugunsten der Dreifeldersporthalle an der Radrennbahn gestrichen hat, kommt nun dieses Jahr ebenso wie der Übergang an der Karl-Tauchnitz-Straße, und die Gustav-Freytag-Straße

beschlussene **Flughafenforum** konstituiert. Gegenwärtig kämpft es aber immer noch mit dem Manko, dass sich neben der Stadtverwaltung (die sehr bemüht ist), den Fraktionen, den Ortschafts- und Stadtbezirksbeiträgen sowie Bürgerinitiativen kein wesentlicher „Vernsacher“ des Fluglärms beteiligt. Landesdirektion, Flughafen, DHL und DFS verweigern regelrecht ihre Teilnahme, was natürlich die Sinnhaftigkeit der Sitzungen in Frage stellt, in denen so lediglich ein Meinungsaustausch einer Seite stattfindet. Die für den 15. März 2010 anberaumte Sitzung des Flughafenforums wurde daraufhin auch erst einmal vertagt. Wir werden das Ganze weiter kritisch begleiten!

- **Geschäftsführer kommunaler Gesellschaften müssen wissen, dass es zukünftig bei dem Verdacht von Unregelmäßigkeiten kein Pardon mehr gibt.** Kommunale Betriebe sind

wird zur Campusmeile umgebaut. Im nächsten Jahr sind die Sanierung der Körneritzstraße und der Aufzug am Schulmuseum fest im Programm. Keine schlechte Bilanz – wie wir meinen – und sehr verantwortlich dazu!

Sehr zur Freude unserer Fraktion und sicher auch der Fluglärm betroffenen rings um den Flughafen Leipzig-Halle ist der Stadtrat in seiner Februartagung unserem Antrag gefolgt und hat die Stadtverwaltung beauftragt, im Sinne des Lärmschutzes aktiv zu werden. Sie soll sich in der Fluglärmkommission dafür einzusetzen, dass die Inbetriebnahme der alternativen, bei Ostwing zu fliegenden kurzen Südbahnkurve ausgesetzt bzw. dass die **kurze Südbahnkurve** bei Ostwindweiterlage komplett abgeschafft wird. Auch wenn der Wunsch fraktionsübergreifend und auch aus der Verwaltung mehrfach von einzelnen Personen vorgetragen wurde, haben wir mit diesem Beschluss erstmals erreicht, dass sich der gesamte Stadtrat zu dieser Abschaffung bekennet und somit offiziell Verständnis gegenüber den Betroffenen geäußert hat. Zwar hat sich im Sommer letzten Jahres das im September 2008 ebenfalls auf unsere Initiative hin



## Land spart an Jugendhilfe und Sozialprojekten!

**Gemeinsam mit Tausenden Kindern, Jugendlichen, Familien und Projektmitarbeitern protestieren wir gegen die Kürzungen der Jugendhilfe durch die sächsische Staatsregierung! Im Schulterschluss mit den Dachverbänden kritisieren wir die fachlich nicht begründbare Sparorgie im Sozialbereich im bereits angelaufenen Haushaltsjahr, die nun vor Ort Projekte und ganze Einrichtungen gefährdet.**



In den von uns angebotenen Anhörungen schildern Freie Träger und Verbände die zu erwartenden Auswirkungen der ungeplanten Zuschussreduzierungen in Millionenhöhe: Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) will mit den Kürzungen zur Haushaltskonsolidierung beitragen, allein bei Sächsischen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen über 5,5 Mio. EUR eingespart werden. Darüber hinaus sollen mehr als die Hälfte der Stellen des freiwilligen sozialen Jahres gestrichen werden. Interessierte Jugendliche können ihre Erfahrungen weniger in hiesigen Einrichtungen sammeln, sondern werden in andere Bundesländer streben. Völlig unverständlich sind auch die Kürzungen der bisherigen Anreizmittel zur ehrenamtlichen Arbeit in Sozialprojekten.

Trotz landesweiter Proteste und kritischer Stimmen in den eigenen Reihen korrigieren CDU und FDP bisher nicht die Vorschläge ihrer Regierung. Die Debatte im Landtag kann im Internet noch im

Nachhinein durch Videoaufzeichnungen verfolgt werden. Gestritten wird über die willkürlichen Kürzungen im Sozialbereich, unverbrauchte Vorjahresmittel, Finanzengpässe und Ursachen der Staatsverschuldung. Berechtigt ist der von uns Grünen geforderte Nachtragshaushalt für mehr Transparenz.

In Leipzig war es in der Haushaltsdebatte zu diesem Jahr überraschend gelungen,

und aufgetauchte Grundstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sind gefährdet.

Sächsische Landesentscheidung zulasten der Jugendhilfe und sozialer Projekte ist unverantwortlich und muss korrigiert werden. Dazu sind Freistaat und Regierung aufgerufen!

### Neues aus dem Stadtrat

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses „Unterstützung für die Kleinfirma“ vom Juni 2007 wurde in Zusammenarbeit des Amtes für Wirtschaftsförderung mit dem Marktamt zur Verbesserung des Images der Leipziger Kleinmesse ein **„Marketingkonzept Leipziger Kleinmesse“** ausgeschrieben und an eine Managementberatungsgesellschaft vergeben. Der Leipziger Schauspieler e. V. und der Fachausschuss Kultur (hier sei unserem langjährigen Stadtrat und Kulturausschussvorsitzenden Michael Koelsch noch einmal für sein Engagement gedankt) waren bei der Erarbeitung und Analyse beteiligt. Die im Ergebnis angezeigten Empfehlungen richten sich vor allem auf Maßnahmen wie die Zielgruppendefinition, die Bereinigung des Angebotes, die Sponsorsuche, die richtige Werbung etc. Das Besucherpotenzial innerhalb der Leipziger Bevölkerung sei vor allem wegen des hohen Bekanntheitsgrades sehr groß, nur am Image müsste dringend gearbeitet werden. Dies einem Jahr benötigen. Die Stadt Leipzig ist beauftragt, den Leipziger Schauspielverein bei der Umsetzung des Marketingkonzeptes unterstützen zu begleiten.



eine Mehrheit, auch mit der CDU, für eine notwendige Aufstockung um 200 T EUR für die Jugendhilfe vor Ort zu gewinnen. Und auch andere Sozialleistungen sollten nicht gekürzt werden. Freie Träger entsenden mit ihrer Vielfalt unsere Stadt und Professionallität in Beratungsstellen und betreiben z. B. Jugendzentren. Sie sichern Professionalität in Beratungsstellen und gestalten Jugendhilfeprojekte. Ihre Arbeit basiert auf gesetzlicher Grundlage und schließt ehrenamtliches Engagement mit ein. Die Grundfinanzierung haben Land und Kommune mit zu sichern.

In Leipzig befrworten wir als Jugendhilfeausschuss jährlich annähernd 200 Projekte zur Forderung mit fast 10 Mio. EUR, Landesmittel eingeschlossen. Nun steht allen Antragstellern eine Kürzung von über 4% ins Haus, denn die Landspauschale von bisher 14,30 EUR wird auf 10,40 EUR pro Jugendlichem unter 27 Jahre und Jahr gekürzt. In Leipzig kommen so eingeplante Mittel von mehr als 500 T EUR nicht an. Freie Träger müssen ihre Angebote einschränken, weniger Projekte können stattfinden

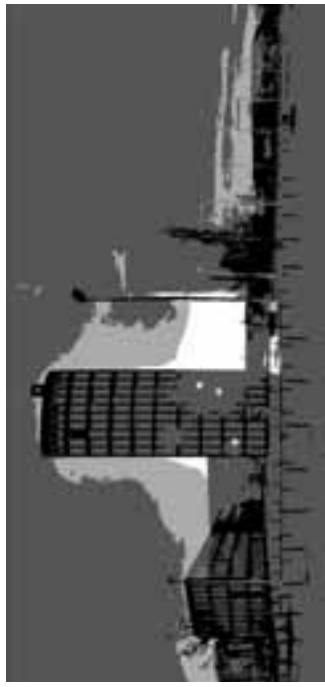
## Wer lenkt Leipzig?

Der Fall Unister oder Medien machen sich eine Stadt  
von Roland Quester

Die Leipziger Internetfirma Unister darf ein überdimensionales Bürogebäude an der Goethestraße errichten. Die Art und Weise, wie diese Entscheidung zustande gekommen ist, zeigt bedenkliche Elemente in der Funktionsausübung von Medien und Politik.

Unister ist ein erfolgreiches Start-up-Unternehmen, von Studenten der Handelshochschule Leipzig gegründet und heute der Marktführer im Betrieb verbraucherorientierter Internetportale. Die gewachsene und weiter wachsende Mitarbeiterschaft statt in mehreren angemieteten Liegenschaften unter

bereits damals den Oberbürgermeister mit Beschwerden über sein angeblich unwilliges Baudezernat. Die Bauverwaltung bat Unister schließlich, ihren Bauentwurf im neutralen Gestaltungsforum der Stadt vorzustellen – ein Gremium bestehend aus fünf externen renommierten Architekten, Städte- und Landschaftsplanern. Auch dieses unabhängige Gremium konnte den Bauentwurf von Unister nicht zur Genehmigung empfehlen. Man riet dem Unternehmen ebenfalls intensiv dazu, einen Gestaltungswettbewerb mit mehreren Büros auszuloben und so auf schnellem Wege einen von ihnen und der Stadt gemeinsam getragenen Entwurf zu



Hoch hinaus will man nicht nur in Leipzig

einem gemeinsamen und eigenen Dach zusammenzuführen, ist aktuelles Anliegen des Unternehmens. Da es keinen Bebauungsplan für das Gebiet des Baugrundstücks Goethestraße/Brühl/Ritterstraße gibt, sind Bauvorhaben danach zu bewerten und zu entscheiden, wie sie sich in die nähere Umgebung und die Gestaltungssatzung Innenstadt einfügen.

Die von Unister 2009 vorgelegten Entwürfe entsprachen jedoch nach Auffassung der Bauverwaltung nicht diesen Maßgaben. Der Planungsausschuss des Stadtrates wurde regelmäßig über den Stand der Planung und die Gespräche informiert, und er stimmte sich mit der Verwaltung ab. Unister wurden seitens der Verwaltung sowohl andere Grundstücke angeboten, auf denen größere Flächen untergebracht werden könnten, als auch ein Wettbewerbsverfahren zur Findung einer stadtgestalterisch tragfähigen Gebäudeform und Fassade angetragen. Unister fühlte sich gegängelt und bemühte

## Medien machen sich eine Stadt

ganze Seite über diesen Streit: allerdings ohne, dass die städtische Seite ihre Sicht der Dinge hätte darlegen können, ohne, dass das Gestaltungsforum oder die Wettbewerbsjury um ihre fachliche Meinung gebeten worden wären. „Erfolgreich wachsendes junges Unternehmen wird von desinteressierten, schlafenden Bürokraten an der Schaffung neuer Arbeitsplätze gehindert“, war eine zu schön in gern bediente Klischees passende Geschichte, als dass man sie mit der gebotenen journalistischen Sorgfalt in der Darstellung tatsächlicher Abläufe und der Wiedergabe der Sicht beider Seiten gefährden wollte. Und mit der von der LVZ vorgegebenen Grundhaltung setzten sich nun die anderen Medien auf das Thema: von der Bild-Zeitung über den Wochenkurier bis zum MDR – alle berichteten aus den Pressemitteilungen von Unister und ersparten sich eigene Recherchen und Haltungen (einziges löbliche Ausnahme war die Leipziger Internetzeitung).

Den Medien, die, anstatt verantwortungsbewusst nach Aufklärung der Öffentlichkeit zu streben, lieber einseitig eine billig zu habende Story abteilten, folgte der ebenso pflichtvergesene politische Reflex eines Teiles des Stadtrates: Haut die Lokalpresse eindeutig auf einen Sack, stellt man sich doch gerne mit an und schlägt mit darauf. Gerne auch auf Stammtischniveau und unbeschadet der Tatsache, dass man bis zur Mediensaute eine ganz andere Haltung eingenommen hatte. Das Ergebnis ist eine Stadtpolitik jenseits von Vernunft und Berechenbarkeit; eine Stadtpolitik, bei der die politischen Akteure morgens in die Zeitung schauen, um zu sehen, welche Fahne man heute passenderweise trägt; eine Stadtpolitik, bei der das Motto gilt, wer die Medien am besten instrumentalisieren kann, bekommt die dickste Extrawurst gebraten. Verantwortlich und ihre notwendigen Rollen vergessend sind dabei beide: Medien, denen eine „Story“, billiger Populismus und Meinungsmache wichtiger sind als Aufklärung und Meinungsbildung, und eine Lokalpolitik, die ihre Haltung nicht aus der Sache und aus politischen Bewertungen derselben, sondern aus der veröffentlichten Meinung generiert. In Leipzig ist das übrigens kein Einzelfall. Die Themen Radverkehr in der Innenstadt und Umweltzone haben nach dem gleichen Muster funktioniert.

## Stadtrat fordert

### Abschaffung der kurzen Südbahnkurvung

von Dr. Oliver Fanenbruck



#### Neues aus dem Stadtrat

Um den Gesamtkomplex Kongresshalle/ Zoo/Gondwanaland für Besucher und Gäste des Zoos und der internationalen Kongresse attraktiver zu machen, hat die Stadt ein Verkehrskonzept erarbeitet. Somit sollen die sich ergebende Probleme bei der An- und Abreise der Besucher sowie beim ruhenden Verkehr angesichts steigender Besucherzahlen gelöst werden.

Zum einen ist der Bau eines Parkhaus geplant und zum anderen der Ausbau der Emil-Fuchs-Straße. Wir kritisierten die Anzahl der Stellplätze sowie die Einseitigkeit der Vorlage, die sich ausschließlich auf den Parkhausneubau konzentrierte, den ÖPNV jedoch völlig ausließ. Am meisten ärgerte uns aber, dass der Stadtrat den Beschluss zum Gondwanaland gefasst hatte, ohne sich mit den Konsequenzen für den Verkehr zu beschäftigen. So etwas darf nicht mehr passieren!

Unser Änderungsantrag wurde von der Verwaltung übernommen. Darin wird der Oberbürgermeister beauftragt, gemeinsam mit der LVZ, dem MDV, ggf. weiteren Partnern und der Zoo Leipzig GmbH ein Mobilitätsmanagement zu implementieren, das auf eine Stärkung des Umweltvertrages bei der An- und Abreise der Zoobesucher ausgerichtet ist. Über die Anzahl der Stellplätze wird nunmehr erst in einer gesonderten Vorlage zum Umweltkonzept und zur Anreise entschieden.

die Südbahn zwar teuer vertehrt wurde, aber der dicht besiedelte Norden der Stadt Leipzig trotzdem überflogen wird: Allein im Januar 2010 wurde die kurze Südbahnkurvung über 200-mal befliegen; jeder Überflug betrifft zwischen 30.000 und 60.000 Leipziger Bürger.

Ein weiterer Vorwurf der Betroffenen zielt auf die fehlende systematische Abwägung bei der Routenfestlegung. So führt das LBA in diesem Zusammenhang aus, dass die Ideallinie der „sehr lärmkritischen Abflugroute“ nicht über zentrale Ortsteile von Leipzig, sondern lediglich über einige Außenbezirke führe und ein Verzicht auf diese Tagabflugroute „erhebliche Nachteile für die flüssige und wirtschaftliche Gestaltung des Verkehrsablaufs“ habe.

Flugrouten werden von der Deutschen Flugsicherung (DFS) erarbeitet und im Wege einer Rechtsverordnung des Bundes durch das Luftfahrtbundesamt (LBA) festgelegt. Die Betroffenen haben bei der Routenfestlegung keinerlei Einfluss auf den sie erheblich betreffenden Abwägungsprozess. In Leipzig zeigt sich gerade bei der kurzen Südbahnkurvung über den dicht besiedelten Nordwesten die unbefriedigende rechtliche Situation der AnwohnerInnen gegenüber der für sie faktisch allmächtigen DFS. Die Betroffenen der Südbahnkurvung bei östlicher Betriebsrichtung äußern praktisch in jeder Ratsitzung während der Einwohnerfragestunde, die inzwischen auf 30 Minuten reduziert wurde, Zweifel daran, dass ihr berechtigtes Schutzzinteresse vor Fluglärm in genügendem Maße berücksichtigt worden sei.

Ein Vorwurf der Betroffenen greift und Landesbehörden immer wieder als Motivation für die über 500 Mio. EUR teure Neuausrüstung der südlichen Start- und Landebahn ins Feld geführt wurden. So hat Deutschland bekanntlich Fördermittel für die geplante Drehung der Südbahn bei der EU beantragt; im EU-Dokument C48/2006 findet man dazu die Information: „Deutschland führt den Umweltvertrag von der An- und Abreise der Zoobesucher ausgerichtet ist. Über die Anzahl der Stellplätze wird nunmehr erst in einer gesonderten Vorlage zum Umweltkonzept und zur Anreise entschieden.“

Erstaunlich an dieser Aussage ist dabei nicht nur, dass die ursprüngliche, von der DFS abgeseignete Routenplanung bei Neubau des Airports gänzlich ohne die kurze Südbahnkurvung auskam, sondern auch, dass die genannten „erheblichen Nachteile“ des Geräteausfluges am Tage für DHL, die jede Nacht etwa 100 Flugbewegungen ausführen, plötzlich keine Rolle mehr spielen sollen.

Ein dritter immer wieder geäußelter Vorwurf der Betroffenen betrifft die indifferente Haltung der Stadt zur kurzen Südbahnkurvung. Nach Durchsicht der entsprechenden Akten beim LBA kommt die Rechtsanwaltskanzlei Schenderlein etwa zu folgendem Schluss: „Die Stadt Leipzig vermittelt im gesamten Verfahren ein unürnliches Bild. In der Sitzung der Fluglärmkommission [...], in der die DFS die von ihr favorisierte kurze Südbahnkurvung bei östlicher Betriebsrichtung vorstellte, war kein Vertreter der Kommune anwesend. Auch fand sich in den Akten des LBA nichts zum vom ÖBM Jung wiederholt propagierten städtischen Einsatz zur Abschaffung der kurzen Südbahnkurvung.“ So gab es für uns Grüne Gründe genug, die Stadtverwaltung zu beauftragen, sich aktiv für die sofortige Aussetzung der kurzen Südbahnkurvung einzusetzen. Unseren entsprechenden Antrag wurde inzwischen vom Stadtrat mit deutlicher Mehrheit zugestimmt.

Die Fluglärmkommission am 31. März hat den Antrag zunächst leider abgelehnt. Wir bleiben dran!

# Energetischer Dinosaurier aufgespürt

von Ansgar König

**Energieverbrauch im grünen Bereich, dachte ich mir bei einem Blick auf den Energieausweis des Centraltheaters. Bis ich bei einem Termin eines anderen, aber nicht Besseren belehrt wurde.**

Als Stadtrat hatte ich die Chance, das Haus intensiv anzuschauen. Denn wenn man im Ausschuss Kulturbetriebstätten arbeitet, muss man das bei den Häusern von Zeit zu Zeit tun, dachte ich. So selbstverständlich scheint das aber nicht zu sein, denn das hatte offensichtlich schon länger keine Stadträtin oder Stadtrat mehr getan. Ansonsten wären ihr oder ihm wohl etliche Dinge aufgefallen, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Bei der Besichtigung des Dachs über dem Zuschauerraum fiel mir sofort die fehlende Dämmung auf. Da kann man sich nur die Augen reiben: Über der für die Scheitwerfer durchbrochenen Gipsdecke

## Neues Babyglück

Wir gratulieren und beglückwünschen Katharina Krefft und Peter Hettlich zur Geburt ihrer 3. Tochter Anna Beatrix am 1. April 2010. Der kleinen Beatrix wünschen wir ein gesundes und glückliches Großwerden in einer kinderfreundlichen Umwelt.

Damit hat die kinderreichste Fraktion ihren auch in diesem Sinne hervorragenden Platz weiter gefestigt. Wir haben 33 (dretunddreißig) kleine und große Nachkommen!



eine energetische Sanierung der nur dringenden Bereiche im Centraltheater eine Einsparung von 30% Heizungsenergie in diesem Haus.

An dieser Stelle kommt Teamarbeit ins Spiel. Gemeinsam mit Roland Quester, unserem anerkannten Fachmann für Bau- und Energiefragen, entstand ein professioneller Antrag, dass die Stadt Leipzig ihre gesamten Liegenschaften energetisch überprüfen und beispielhaft Teile des Centraltheaters energetisch sanieren möge. Denn dort scheint „nach Energieausweis bei einer Wärmekennzahl von 135,6 kWh/m<sup>2</sup> und einem gebäudeart-spezifischen Vergleichswert von 150 kWh/m<sup>2</sup> kein dringender Handlungsbedarf zu bestehen. ... das 2004 angefertigte energetische Gutachten listet ... 22 ... z. T. dringend notwendige Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung auf (die bis heute nicht umgesetzt sind). So sind u. a. die Flachdächer ... ungedämmt – deren Dämmung würde bereits deutlich über die Hälfte der ausgewiesenen möglichen Gesamtenegiesparung erbringen und die Investitionskosten dieser drei Maßnahmen wären bereits nach 2,4-3,3 Jahren durch die eingesparten Energiekosten refinanziert. Es würden Betriebskosteneinsparungen erzielt ... Dieser ökonomisch und ökologisch sinnvolle Antrag ist auf den Weg gebracht, von dem wir alle hoffen, dass er die Zustimmung aller im Stadtrat findet.

Warum bisher nichts geschehen ist, wird wohl für immer ein Geheimnis der Verwaltung bleiben. Der Gedanke, dass es in Leipzig noch andere unentdeckte, ähnlich hohe Energieverschwender gibt, drängt sich regelrecht auf. Gerade bei öffentlichen Gebäuden scheint ein positiver Energieausweis keine Garantie für energetisch wenigstens in der Norm liegende Werte zu sein. Immerhin bedeutet

# Großsportveranstaltungen im Lilliputformat

von Ingo Sasama

**415 T EUR lässt sich die Stadt in diesem Jahr ihre „Großsportveranstaltungen“ kosten – eine stolze Summe für eine freiwillige Aufgabe! Tendenz: jährlich steigend! Und der Marketingeffekt? Faktisch gleich null!**

**Großsportveranstaltungen müssen als zusätzliche und freiwillige Aufgabe der Stadt** neben den sportfachlichen Aspekten der Förderung von Sportarten und des Sport-(leistungs-)nachwuchses natürlich auch immer Marketingeffekte in Hinsicht auf (internationale) Ausstrahlung haben und der Anknüpfung des Tourismus dienen. Viele Jahre wurde das Geld ohne Beteiligung der Stadtratsgremien verteilt, da der finanzielle Umfang deutlich unter der Beteiligungsgrenze liegt. Mit der neuen Sportamtsleiterin zieht auch hier erstmalig Transparenz ein. Doch was zutage tritt, ist in weiten Teilen erschreckend.

## Neues aus dem Stadtrat

Wir wollen die Stadtverwaltung beauftragen, für die Instandsetzung und den Anstrich der **Fassade des Alten Rathauses** inklusive der Restaurierung der Rathaushalle mit ihren drei Prospektseiten einen Zeit- und Ablaufplan vorzulegen, der die Durchführung der Maßnahmen 2011 sichert.

Im Herzen der Stadt gelegen ist das Alte Rathaus ein touristisches Hauptziel von Gästen unserer Stadt und beliebtes Fotoobjekt. Es ist eines der bedeutendsten und schönsten Renaissance-Rathäuser Deutschlands. Die Stadt Leipzig ist der Eigentümer und trägt somit die Verantwortung für die Erhaltung dieses Baudenkmals. Neben den zeitlos schönen Elementen des Rochlitzer Porphyrs ist die Fassade des Alten Rathauses aber inzwischen farblich verschlisslen, fleckig und höchst unansehnlich geworden. Sie hebt sich damit von den ringsum ausnahmslos schön gestalteten Gebäuden höchst negativ ab. Aus diesem Grund sind wir auch als Stadt Leipzig gefragt, unseren Beitrag zur Stadtgestaltung zu leisten. Eine Instandsetzung ist also dringend geboten. Das Stadtgeschichtliche Museum wird im Jahr 2011 seine neue Dauer-ausstellung „Moderne Zeiten“ eröffnen. Dann sollte das Bauwerk nicht nur innen, sondern auch außen in neuem Glanz erscheinen.



Ist die Förderung der „Erdgas-Athletics“ i. H. v. 42 T EUR eine richtige und nachvollziehbare Entscheidung, wird es beim Engagement für das Fechten schon höchst fraglich. So wurde schon vor Jahren das Leistungszentrum von Leipzig nach Taubertschhofheim verlegt, und wir dienen nur noch als „Kaderlieferant“, d. h. unsere jungen Talente verlassen in unschöner Regelmäßigkeit unsere Stadt. Warum wir dann jährlich immer noch Unsummen in diese Turniere stecken, die, außer einem sehr begrenzten Fachpublikum, kaum einen interessieren, bleibt das unergründbare Geheimnis der Sportexperten. So fließen 14 T EUR in das Weltcup-Turnier und extra noch 250 T EUR in die Austrichtung der EM. Da sich das Land aus der Finanzierung zurückgezogen hat (warum wohl nur??), tragen wir gleich mal noch deren 50-T-Euro-Anteil mit ...

Die Liste setzt sich fort mit zwei Veranstaltungen zum Beach-Volleyball (22 T EUR), was die zugegebenmaßen etwas überzogen zugesappte Frage aufwirft, ob es schon dann eine Großsportveranstaltung ist, wenn der OBM diesen Sport gerne spielt? Das ATV-Stadturnier nimmt sich im Gesamtsummenhang mit 7 T EUR dagegen eher bescheiden aus. Der Rest wird über Kleinveranstaltungen „verstreut“. Hier bedienen sich offenbar zahlreiche Vereine an etwas „Extrageld“, weil sie ihre Vereinsveranstaltungen in der regulären Sportförderung nicht finanziert bekommen.

Und auch Neues lässt sich entwickeln. So ist der Team-Weltcup der Junioren im Ringen ein interessanter und vielleicht entwicklungsfähiger Ansatz.

**Fazit:** Mit der Situation zu hadern, das es Leipzig und der Osten generell schwer hat, sich im Wettbewerb der großen Sportturniere zu behaupten, hilft uns nicht weiter. Der finanzielle Rahmen ist durchaus gegeben, attraktive Großsportveranstaltungen möglich zu machen. Man muss nur etwas kreative Energie aufbringen und sich nicht immer den zahlreichen Wünschen einzelner Sportlobbyisten beugen.

# Schulneubau – Zusätzliches statt Dringendes

von Katharina Kréfft

Das Land Sachsen versagt für dieses Jahr die Fördermittel für den vom Stadtrat beschlossenen Neubau der 3. Grundschule. Dieser gehört wie weitere 22 Maßnahmen zu lange geplanten und auch von uns durchgesetzten Verbesserungen in der Schulinfrastruktur. Allerdings rücken diese Pläne ausgerechnet wegen des Konjunkturpaketes in den Hintergrund.

Für dieses zusätzliche Maßnahmen beantragt werden. Daher erstelle die Stadtverwaltung Listen mit



den geeigneten Schulen, die für das Konjunkturpaket angemeldet wurden. Im weiteren Verfahren legte der Freistaat fest, dass alle, also auch die zuvor bereits beantragten Maßnahmen, in die 80% Förderung kommen sollten. Die Stadtverwaltung heute sich nur mäßig ahnte sie vielleicht, dass das Land schon Wege fände, den Schul umzudrehen?

Und nun haben wir das Ergebnis: Auf Initiative der sächsischen schwarz-gelben Koalition wurde im Bundesrat beschlossen, das Kriterium zu streichen, nachdem das jeweilige Projekt nachrangig sein müsste. Wirtschaftsminister Morlok, in der letzten Wahlperiode noch FDP-Stadtrat in Leipzig, lobte den Bundesratsbeschluss, der dazu führt, dass die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II nun zwar umgesetzt werden, dass aber jene Maßnahmen, die vorher beantragt wurden, wie der Schulneubau für die 3. Grundschule, dieses Jahr nicht bewilligt werden. Somit kommen wir in die absurde Situation, die dringende bedarfsgerechte Anpassung der Schulkapazität in Leipzig, die durch die erhebliche Geburtensteigerung nötig wird, nicht wohnortnah leisten zu können. Zwar gibt es im Stadtgebiet genügend Schulplätze,

die Eltern mit kleinen Kindern leben aber heute entlang des Auwaldes und nicht in den Großsiedlungen. So ist die Kapazität im Süden derzeit für 13 Klassen pro Jahrgang ausgebaut, doch schon in diesem Schuljahr gibt es 15 Züge. Die 3. Grundschule ist wie die nahegelegenen Schulen schon jetzt voll belegt. Die Eröffnung des 4-zügigen Neubaus war für 2011/12 vorgesehen.

Insgesamt wurden 17 von 22 Anträgen für dringende Schulbauten in Leipzig zurückgestellt, eine Bewilligung im kommenden

# Über die sogenannte Bonusliste für startende und landende Flugzeuge

von Bert Sander (WVL)

„Das Bundesgericht betont die Notwendigkeit einer ungestörten Nachtruhe, weil tagüber die Nervenkraft der heutigen Menschen stark beansprucht werden. Es weist darauf hin, dass das Bimmeln von Kuhglocken zur Nachtzeit, d. h. vor allem dann, wenn der Straßenlärm abgenommen hat, besonders lästig ist.“ Bundesverwaltungsgericht (BGE 101 II 250 f.)

Die Herren Dierk Näther, Geschäftsführer des Flughafens Leipzig-Halle, und Dieter Paul, Referatsleiter „Straßenrecht, Planfeststellung“ in der Landesdirektion Leipzig, haben jüngst klare und deutliche Signale an die Flughafenrainer gesendet: Beide Herren geben unumwunden zu, dass, zumindest solange und soweit es nach ihnen geht, Formen des „aktiven Lärmschutzes“ (Schallschutzwände, Änderung der Bahnverteilung und der Flugrouten u. Ä.) für die betroffenen Leipziger BürgerInnen nicht in Frage kämen, „passiver Lärmschutz“ (Wohnen und Schlafen bei geschlossenem Schallschutzfenster, Luftab- und -zufuhr über Lüfter) also genügen müsse

– anders ausgedrückt: BürgerInnen von Lütznahs-Stahmeln, Wahren, Böhlitz-Ehrenberg, etc., ergebt euch eurem Schicksal, ihr habt verloren. Die Interessen des Flughafens wiegen einfach schwerer als das Schicksal von euch paar Hanseln. Hait Pech gehabt Bastia! Schluss und aus!

Aber warum nur, wollen die verzweifelten, um Schlaf und Gesundheit gebrachten Leipziger BürgerInnen nicht aufhören zu fragen, warum geht in Leipzig nicht, was andernorts durchaus möglich ist. So gilt beispielsweise seit dem 1. Januar 2010 für den Flughafen Hannover – der im Übrigen in Hinsicht auf geographische Lage und infrastrukturelle Ausstattung sehr gut mit dem Leipziger Flughafen vergleichbar ist – folgende Regelung: Im Rahmen der rechtlichen Vorgaben hat das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die nach § 6 LuftVG erteilte Genehmigung zum Betrieb des Flughafens, die dem Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH grundsätzlich einen 24-Stunden-Betrieb ermöglicht, mit erforderlichen Betriebsbeschränkungen versehen (aktive Lärmschutzmaßnahmen). So dürfen zum Beispiel zwischen 23 und 6 Uhr nur Luftfahrzeuge



starten und landen, die in der sogenannten „Bonusliste für startende und landende Flugzeuge“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verzeichnet sind. Darüber hinaus dürfen bestimmte Luftfahrzeuge in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr grundsätzlich nur auf der Nordbahn starten und landen.

Der „Bonusliste für startende und landende Flugzeuge“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nach würde es nämlich künftig auf die im Lärmzeugnis eines jeden Luftfahrzeugs ausgewiesenen Lärmwerte ankommen. Diese Lärmwerte würden darüber entscheiden, ob ein Flugzeug in der Nacht überhaupt starten oder landen darf. Immerhin, zum Beispiel die Antonovs und die Transall-Maschinen dürfen dann des Nachts nicht mehr über Leipzig hinwegfliegen und die Nacht zum Tage machen.

Wir jedenfalls, Bündnis 90/Die Grünen und die Wählervereinigung Leipzig, werden die Stadtverwaltung weiter drängen, sich bei der Genehmigungsbehörde für den Flughafen Leipzig-Halle, dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit, dafür einzusetzen, dass zum Schutz der Bevölkerung vor unzumutbarem Fluglärm in der Zeit zwischen 23 und 6 Uhr nur Luftfahrzeuge verkehren dürfen, die in der „Bonusliste“ verzeichnet sind. Wir gehen davon aus, dass die Gesundheits- und Leipziger BürgerInnen selbstverständlich genauso schützenswert ist wie beispielsweise die der BürgerInnen in Hannover.

# Integriertes Handlungskonzept für die Georg-Schumann-Straße

von Arnold Winter (WVL)

Der Stadtrat und die Stadtverwaltung haben frühzeitig erkannt, welche städtebauliche und funktionale Bedeutung die integrierte Magistralenentwicklung für die gesamte Stadtentwicklung hat. So wurde der Entwicklung der Magistralen u. a. im integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2020 (SEKO) eine besondere Bedeutung beigegeben.

Die Georg-Schumann-Straße als längste Magistrale der Stadt ist nicht nur für den Nordwesten von besonderer Bedeutung. Als Zufahrtsstraße in das Stadtzentrum



bestimmt sie wesentlich die Innen- und Außenansicht auf den Stadtraum und ist gleichzeitig Identifikationsraum für die BewohnerInnen. Sie ist gekennzeichnet durch eine hohe Verkehrsdichte, eine hohe Leerstandsquote bezüglich Wohn- und Gewerbetraum, einen geringen Sanierungsstand und durch einen starken Verfall unsanierter Bausubstanz. Bei der Georg-Schumann-Straße handelt es sich um ein Gebiet mit besonderem Entwicklungsbedarf.

Die bisherige Entwicklung kann nur durch integrierte Lösungsansätze, durch einen gebündelten Einsatz von Ressourcen und durch klare Prioritätensetzung in eine positive Richtung gesteuert werden. Ausgehend vom SEKO wurde deshalb unter Beteiligung der örtlichen Akteure ein integriertes Handlungskonzept für die Georg-Schumann-Straße erarbeitet und vom Staatsministerium des Inneren und der Sächsischen Aufbaubank im August 2009 vorgestellt.

Das integrierte Handlungskonzept ist als Modellprojekt gegliedert in drei Hauptkomplexe, Stadtraum/Wirtschaft und Beschäftigung/Soziales, Bildung und Kultur, und in die Querschnittsthemen

Standortmarketing, aufsuchende Beratung, Leerstandsmanagement, Wirkungsmonitoring und Erprobung neuer Trägermodelle und Finanzierungsinstrumente. Diese Hauptkomplexe und Querschnittsthemen werden von Maßnahmenbündeln und weiteren Aktivitäten begleitet. Ausgehend von diesem Konzept können die erforderlichen Maßnahmen unter Einsatz von städtebaulichen Instrumenten und Förderprogrammen schrittweise in Angriff genommen werden.

Zum Auftakt der Magistralenentwicklung wurde mit den EinwohnerInnen der Georg-Schumann-Straße, den BürgerInnen von Wahren, Möckern und Gohlis am 12. und 13. Dezember 2009 ein gemeinsames Adventsfest auf dem Hügensplatz gefeiert. Dieses Gemeinschaftsprojekt der Stadt Leipzig (Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung), der Bürgervereine Möckern/Wahren und Gohlis, der Aufstiehungsgemeinde und vieler anderer lokaler Akteure hat gezeigt, dass die Straße wieder aufleben kann.

In diesem Jahr wird es zunächst um die Aufwertung der Randbereiche der Magistrale gehen, ohne die zukünftige Umgestaltung des Straßenraumes nachhaltig zu beeinflussen. Erst nach der Fertigstellung der B 6 neu (Bereich zwischen Pflückerstraße bis Knoten S1 bis Ende 2010) und der weiteren Abschnitte des Mittleren Ringes Nord wird es zu einer merklichen Verkehrsentlastung der Georg-Schumann-Straße kommen.

Für den Zeitraum ab 2011 hat das Land die Ausreichung von Fördermitteln in Aussicht gestellt. Deshalb werden wir den Prozess begleiten und Einfluss auf die weitere Entwicklung nehmen.

# Ein neuer Kämmerer für neue und alte Finanzprobleme

von Malte Reupert

Der Glückwunsch für Torsten Bonew (38) zu seiner Wahl als neuer Kämmerer der Stadt Leipzig hat – angesichts der ab sofort auf ihn wartenden Probleme – leider einen zynischen Unterton. Die Messlatte für ihn ist nicht die dürftige Performance seiner beiden Vorgänger, sondern die Bewältigung der anstehenden und der verschleppten Aufgaben.

## Provinzialismus in Dresden

Für die Landesregierung plant neue Regeln für den kommunalen Finanzausgleich in Sachsen. Keine Frage – der Topf insgesamt wird kleiner. Allerdings plant die Regierung Tillich zusätzlich eine massive Verschiebung zu Gunsten der Landkreise und auf Kosten der Großstädte – und hier insbesondere Leipzigs. Das wäre strategisch für ganz Sachsen verheerend, denn ohne starke Städte sind auch besser finanzierte Landkreise chancenlos.

## Städtische Unternehmen

Die LVV (mit Stadtwerken, LVB und Wasserwerken) sowie die LWB werden seit vielen Jahren von den Forderungen des Finanzdezernats ausgehöhlt. Den Unternehmen fehlt ein angemessener Spielraum, sich für die Zukunft zu rüsten. Die Stadt mit ihren gesetzlichen Pflichten braucht diese Unternehmen. Sie muss ihnen Kernziele vorgeben und die dafür notwendigen Freiräume zur Umsetzung finanziell und fachlich sichern. Die jetzigen Eigentümerziele für die LVV lesen sich wie ein wahllos summierter Wunschzettel. Strategisches Denken sieht anders aus: Eine klare Politik braucht klare Prioritäten! Und eine starke Stadt braucht starke kommunale Unternehmen. Der Bedarf der nimmermatten Stadtkasse muss hinter diese Prioritäten zurücktreten, damit wir Wert und Nutzen für die Zukunft erhalten.

Gleichzeitig sind Umstrukturierungen quer über die LVB, KWL und SWL ernsthaft und konsequent anzugehen, hier liegt ein mittelfristiges Kostensenkungspotential von einigen Mio. EUR. Außerdem sollte darüber nachgedacht werden, weitere Dienstleistungsbereiche aus der Kernverwaltung herauszulösen und in der LVV zu integrieren.

## Effizientere Strukturen in der Verwaltung

Die Überlegungen, Querschnittsfunktionen innerhalb der Verwaltung als Dienstleister für alle Ämter zusammen



Bonew an der Spitze der Kämmererei wird es sein, für die Stadt zukünftige finanzielle Spielräume zu erarbeiten. Mit Investitionen in Energie-Effizienz, Solarenergie und durch Contracting werden zukünftige Kosten eingespart. Zusätzliche Investitionen sind finanziell sinnvoll, wenn sie sich innerhalb von 10 bis 14 Jahren amortisieren. Die CDU-geführte Stadt Kohren-Sahlis baut auf städtischen Dächern selbst Photovoltaik-Anlagen und erwirtschaftet dadurch Reingewinne. Innovative Systeme von Car-Sharing (Ulm), eine Verlagerung des Verkehrsmixes in der Stadt hin zu ÖPNV, Fahrrad und Fußwegen und weg vom eigenen Auto spart der Stadt enorme Kosten, sowohl beim Strabenerhalt und -bau als auch bei dem Zuschüssen an die LVB.

## Kürzen ist nötig – aber wie und wo?

Bisher wird meist der „alte“ Haushalt Posten für Posten durchgegangen auf der Suche nach „Kürzungspotenzialen“. So sind Proteste vorprogrammiert, dass doch –gern bei allen anderen, aber doch nicht bei mir“ gespart werden soll. Die städtischen Finanzen vertzeln sich heillos in dem unmöglichen Anliegen, möglichst allen möglichst wenig weh zu tun. Grundsätzlich gilt: Nur wer eine Vision hat, kann knappes Geld langfristig sinnvoll ausgeben.

Es ist endlich an der Zeit, sich für klare Prioritäten innerhalb ihrer städtischen Entwicklungsziele zu entscheiden – und zwar vor der Haushaltsdiskussion. Schwierige Entscheidungen haben dann wenigstens die Chance, im Kontext der Stadtentwicklung diskutiert zu werden. Beispielsweise: Wie viel Kultur braucht die Stadt und für wen? Und: Ist bessere Bildung wichtiger oder mehr Geld für sozial Schwache?

## Geld zum Anstoß von Entwicklung

Die schwierigste Aufgabe für Torsten

# Wie weiter am Floßgraben?

von Norman Volger

Naturschutz und Tourismus – geht das überhaupt zusammen? Diese Frage treibt neben der Stadtverwaltung, den Umweltverbänden und Vertretern der Politik auch den „normalen“ Bürger um.

Für die nicht abgesprochenen und die Gemüter erhitzenen Baumfällungen im Februar hat sich die Stadt entschuldigt. Jetzt sucht sie die Zusammenarbeit mit allen Akteuren. Das ist löblich, zumal für dieses Jahr außer eventuellen Entkrautungen keine Erhaltungs- oder Ausbaumaßnahmen seitens der Stadt vorgesehen sind. Dennoch ist die Angst vor nicht wiedergutzumachenden Eingriffen, zu sehen, groß. Umso wichtiger ist es, sich jetzt, wie geschehen, gemeinsam an einen Tisch zu setzen.



## Neues aus dem Stadtrat

Der Stadtrat beschloss im Rahmen der Haushaltsberatung mehrheitlich die Erhöhung der Elternbeiträge für die Betreuung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege der Stadt Leipzig ab dem 1. April 2010. Unsere Fraktion stimmte der Vorlage zu, da es sich, nachdem im vergangenen Jahr die Beiträge sogar gesenkt wurden, um eine moderate Beitragserhöhung (Krippe um 8,78 EUR, Kindergarten um 4,63 EUR und Hort um 3,38 EUR pro Monat) handelt und weil die Mittel zu einem größeren Teil, nämlich 450 T EUR, für die Qualitätentwicklung verwendet werden, worauf wir ja bekanntermaßen den allergrößten Wert legen. Abgelehnt wurde dagegen der Vorschlag der Verwaltung, nicht mehr jährlich über die Beitragshöhe zu entscheiden, um die Transparenz des Verfahrens, vor allem für die Eltern, zu wahren.

Fast zeitgleich wurde die Finanzierung der Kindertragespflege erhöht, wofür wir den Anstoß geben konnten. Diese Erhöhung kommt den vielen Tagesmüttern und Tagesvätern zugute, die in Leipzig 1.035 Kinder betreuen. Seit Januar erhalten sie nun eine Aufwandsentschädigung von 403,80 EUR pro Kind bei einer Neun-Stundenbetreuung. Leipzig liegt mit dem Landesdurchschnitt.

Das Wassertouristische Nutzungskonzept (WTNK), welches vor geraumer Zeit von der Stadt Leipzig beschlossen wurde, sieht vor, dass der Floßgraben unter bestimmten Bedingungen mit Motorbooten befahren werden darf. Dies wurde auch naturschutzrechtlich bewertet. Dass sich Umweltverbände und Verwaltung dabei streiten und die Umweltverbände die Motorboote gemein aus einem Schutzgebiet verbieten sehen, versteht sich von selbst. Dennoch ist das WTNK die Grundlage, auf der derzeit gearbeitet werden muss, und selbst die Umweltverbände sind nicht kategorisch gegen eine wassertouristische Nutzung des Floßgrabens, unter bestimmten Bedingungen auch mit Motorbooten, solange die Umweltschutzaspekte berücksichtigt werden und es naturverträglich zugehen würde.

Wo ist dann eigentlich das Problem, mag sich der geneigte Leser fragen. Das WTNK und die Wasserrahmenrichtlinie, welche Unterhaltungsmaßnahmen und den Ausbau oder eben Neuausbau des Floßgrabens regelt, wollen nicht so recht zusammenpassen.

Ein Ausbau des Floßgrabens im Schutzgebiet ist eigentlich gesetzlich nicht möglich. Wie aber sollen dann die Motorboote in der im WTNK vorgesehenen Stückzahl den Floßgraben durchqueren? An manchen Stellen des Floßgrabens passen einfach keine zwei Motorboote aneinander vorbei. Bekommen wir Ampeln für einen

Richtungsverkehr? Wie sollen vorgeschriebene Geschwindigkeiten oder auch andere Vorgaben eingehalten werden? Wer ist für die Unterhaltung des Gewässers für den Motorbootverkehr zuständig und was für Kosten kommen auf Leipzig zu? Dass hier eindeutige Nutzungskonflikte existieren, liegt auf der Hand. Somit ist die Angst vieler, dass Gesetze und Verordnungen gedeht werden, um dem Motorbootverkehr Vorschub zu leisten, durchaus verständlich.

Um die vielen noch ungeklärten Fragen und Befürchtungen aufzunehmen und gemeinsam zu lösen, erarbeitet die Stadt Floßgraben mit den Verbänden und den Ratsfraktionen. Der Zeitplan sieht folgendermaßen aus:

- Problemorientierung und Schärfung der Aufgabenstellung im II. Quartal 2010
- Bestandsfassung und Defizitanalyse im II. Quartal 2010
- Entwicklungs- und Bewirtschaftungsziele im III. Quartal 2010
- Abstimmung der Maßnahmen inkl. Verträglichkeitsabschätzung im IV. Quartal 2010

Bei diesem Prozess sind alle aufgefordert, sich zu äußern und Gehör zu verschaffen. Am Ende soll niemand sagen, er habe davon nichts gewusst. Denn unser gemeinsames Ziel muss es sein, den Auwald und den Floßgraben als Erholungsgebiet für Menschen und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten.

## Das Leipziger Fanprojekt – eine Leidensgeschichte

von Michael Schmidt

Das Leipziger Fanprojekt entstand bereits 1992 aus einer privaten Initiative und wurde durch die öffentliche Förderung seitens Stadt, Land und DFB beim Träger Sportjugend e. V. in Person von Udo Ueberschar fest verankert. Anfangs sorgte sich Ueberschar um die beiden Vereine 1. FC Lok und FC Sachsen Leipzig gleichermaßen, 2008 kam es zur Zerteilung des Fanprojektes mit getrennten Räumlichkeiten für beide Vereine bzw. für die inzwischen neu gegründete BSG Chemie.



Die langjährige öffentlich finanzierte Förderung führt zu der berechtigten Erwartung, dass ein solides Fundament mit einer umfangreichen sozialpädagogischen Arbeit entstanden sein sollte. Nach Belegen für diese These wird man aber lange suchen müssen. Das Leipziger Fanprojekt hat lange den zu hinterfragenden Ansatz der akzeptierenden Sozialarbeit nach dem Motto „Integration statt Ausgrenzung“ verfolgt. So wurde ein enger Kontakt zur rechtsextremen Szene geduldet, was dazu führte, dass sich die Einrichtung für die Lokalszene von gewaltbereiten in Dresden, Zwickau oder Magdeburg, welche allesamt über professionelle Internetauftritte verfügen, zeigt sich eine starke Diskrepanz bei der sozialpädagogischen Arbeit sowie der transparenten Verwendung der zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder.

Ein Ausweg aus dem Dilemma kann nur in einer grundsätzlichen Neuorientierung des Leipziger Fanprojektes liegen. Inwiefern der Sportjugend e. V. dazu bereit und in der Lage ist und ob am Ende ein Trägerwechsel oder eine Neustrukturierung und Neukonzeptionierung des Sportjugend

Momentan sind in Deutschland 47 Fanprojekte unterschiedlicher Vereine aktiv. Hintergrund dieser nach den Richtlinien des Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit durch Stadt und Land sowie durch den DFB und die Deutsche Fußball Liga finanzierten Projekte ist die zielgruppenspezifische Jugendarbeit im Bereich der Jugendhilfe. Grundlegendes Ziel ist dabei die Gewaltprävention. Die sozialpädagogische Arbeit richtet sich hierbei in erster Linie an Jugendliche aus dem direkten Umfeld der Vereine und hat das Ziel, Gewaltpotentiale einzudämmen bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen.

## Leipziger Fußball selbst



e. V. für das Fanprojekt steht, wird sich zeigen. Das Jugendamt als federführende Verwaltungsstelle muss den Prozess der Neuorientierung intensiv begleiten und vorantreiben. Die Findungskommission konnte sich nur auf ein unentschiedenes Votum von 5 : 5 verständigen. Nur darf es ein „Weiter so“ in keinem Fall geben. Vor dem Hintergrund der Kürzung erheblicher Landeszuschüsse in der Jugendhilfe darf auch eine Auflösung des Fanprojektes kein Tabu sein, wenn sich die Leistung sowie der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Mitteln weiter auf einem unbefriedigenden und intransparenten Niveau ohne sozialpädagogischem Konzept und konkreten Leistungsangeboten bewegen.

Meine Fraktion wird die weitere Entwicklung des Leipziger Fanprojektes intensiv begleiten und konstruktiv auf eine umfassende Neuausrichtung drängen.

### Neues aus dem Stadtrat

Sehr zum Leidwesen einiger leitender Bediensteter dürfte der Beschluss des Stadtrates gewesen sein, dass **Gutachten über 50 T EUR** zukünftig vom Stadtrat zu beschließen sind. Grund für diese Initiative unserer Fraktion sind die jährlich immer mehr ausufernden Gutachterkosten, deren Sinnhaftigkeit in vielen Fällen in Frage steht. Wir haben den Eindruck, dass viele Mitarbeiter der Verwaltung nicht mehr bereit oder zu verängstigt sind, ihre begründete Auffassung selbst zu vertreten, und sich diese stattdessen lieber durch externe Gutachter bestätigen lassen.

## Mikrokredite – eine Chance für kleine Unternehmen

von Katja Potowsky

Schon das vor 150 Jahren entwickelte Genossenschaftsmodell basiert auf dem Selbsthilfe- und Solidaritätsprinzip. 2008 wurden im Rahmen des Aktionsplanes Beschäftigung, auch auf unsere Anregung hin, Mikrokredite für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) als Maßnahme zur Beschäftigungsförderung beschlossen. In seiner Märzitzung hat der Stadtrat nun eine konkrete Vorlage dazu positiv votiert. Grundlage für das bis 2012 befristete städtische Projekt sind Förderprogramme des Bundes.



Dabei ist das Modell der Mikrofinanzierung nichts Neues. Eine Förderung dieser Art wurde ursprünglich im Entwicklungsland Bangladesch für mittellose Bauern erfinden, und auch das vor 150 Jahren entwickelte Genossenschaftsmodell basierte auf einem ähnlichen System. Mikrokredite sind Kleinstkredite an Existenzgründer und Kleingewerbetreibende und ein Instrument der Entwicklungspolitik. Die armutsmindernde Wirkung von Mikrokrediten ist durch wissenschaftliche Studien belegt. Kleingewerbetreibende haben zum Teil keinen Zugang zu üblichen Bankkrediten, da sie keine dinglichen Sicherheiten stellen können und der Aufwand pro Kredit klassischen Banken zu hoch erscheint. Infolgedessen bleiben sie oft im informellen Sektor und abhängig von Kreditvermittlern oder gar

### Neues aus dem Stadtrat

Energiesparlampen gehören nicht in den Hausmüll – zu oft landen sie aber noch dort. Unser Antrag **„Rücknahmesystem für gebrauchte Energiesparlampen“** wurde von der Verwaltung ohne Beschluss als erledigt erklärt. Die Stadtreinigung hat inzwischen das von uns beantragte Netz von Rücknahmestellen in Werstofföfen und bei Lampenhändlern (freiwillige Kooperation) zu Beginn des Jahres 2010 eingerichtet. Man könne nun an allen Werstofföfen die schwach gequellsen herhaltigen Lampen abgeben, die von da aus anschließend dem ökologisch einwandfreien Recycling zugeführt werden. Das kann uns nur freuen! Dennoch sehen wir noch großen Bedarf bei der Öffentlichkeitsarbeit in punkto korrekter Entsorgung, damit langfristig auch der Anteil der zurückgegebenen Energiesparlampen steigt. Und auch das Thema Rückgabe der Neomöbelen ist noch unklar.



Manchmal bringt ein kleiner Anstoß den Stein ins Rollen. So fragten wir, wer in der Verwaltung für die sichtliche **Verwahrlosung des Burgplatzes** zuständig sei.

Die Steinbarrieren waren verschoben, was nicht nur optisch befremdlich aussah, sondern auch eine neue direkte Straßenverbindung geschafften hatte. Zudem wurde dadurch der Platz während des Weihnachtsmarktes zu einem neuen Parkplatz (bis zu 30 Pkw wurden zeitgleich gezählt). Die Sitzbänke wiesen an ihren Stahlhalterungen gefährliche Rosterscheinungen auf und die Holzelemente waren nicht nur ungepflegt, sondern ange- oder vollständig verfault. Die künstlerischen Leuchtelemente sind schon lange außer Betrieb. Auf dem gesamten Platz lagerte dauerhaft zahlreicher Unrat. Und siehe da: Schon wenige Tage nach Einreichen der Anfrage waren alle Missstände behoben, was Bürgermeister zur Nedden nicht davon abhielt, wortreiche Ausführungen zum Thema zu machen. Dabei hätte doch ein schlichtes „Danke für die Hinweise – wir haben es erledigt“ gereicht ...

Wir freuen uns, mit dieser Vorlage den Mittelstand in der Region unterstützen zu können, und wünschen allen Unternehmern viel Erfolg.

# Unsere Beiräte sind Spezialisten

von Cordula Rosch

Es gibt Aufgaben, bei denen sich Verwaltung und Stadtrat gleichermaßen die Meinung von Lobbygruppen und Spezialistinnen einholen wollen, weil die Erfahrung lehrt: Man fährt gemeinsam und kenntnisreich in ruhigerem Wasser.

Die Probleme, Fragen und Wünsche, die die Fraktion erreichen, sind so vielfältig wie die Menschen, die in unserer Stadt leben. Nicht jedes der aufgeworfenen Themen können Stadträtinnen und Stadträte sogleich aus ihrer persönlichen und fachlichen Einschätzung, aus Erfahrungswissen oder aus dem jeweiligen politischen Programm bewerten, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden wollen. Gute Fachbeiräte und Stadtbezirksbeiräte bündeln Spezialwissen, je nach Beitrag rein fachlich oder mit lokaler Kompetenz. Um auf diese Kompetenzen zurückgreifen zu können und auch politisch

der Stadtverwaltung oder dem Stadtrat übergebenen Themen. Meistens sind das Verwaltungsdrucksachen oder Anträge der Fraktionen. Sie können auch eigene, ihnen politisch oder fachlich wesentliche Themen auf die Tagesordnung ihrer Sitzung heben. Ergebnisse der Diskussionen in Fachbeiratsberatungen gehen dann teilweise in Verwaltungsvorlagentexte ein, müssen aber nicht als solche ausgewiesen werden. Fachbeiräte wie Stadtbezirksbeiräte können in den zuständigen Fachausschüssen des Stadtrats vorragen, sie müssen dazu Rederecht beantragen. Da sie aber kein Antrags- und Anfragerecht besitzen, ist ihr direkter Einfluss nur mäßig. Wir schätzen und pflegen daher und dafür die enge persönliche Anbindung der Beiräte an unsere Fraktion.

Jeder Beirat hat seine eigenen Geschichten, wie zum Beispiel der MigrantInnenbeirat. Weil sich MigrantInnenverbände dafür stark machen und eine Vermittlungsebene zur Kommunalpolitik und Stadtverwaltung verlangten, wurde er 2008 mit der vollen Unterstützung unserer Fraktion möglich. Es gibt in Leipzig keine Stadträtin oder Stadtrat mit eigenem Migrationshintergrund. Aber MigrantInnen bilden 6 % des Bevölkerungsanteils unter uns und brauchen eine stärkere Lobby zum Abbau von Benachteiligungen bei Entscheidungen des Stadtrats; bei vielen sind MigrantInnen eingesetzte MigrantInnenbeiräte gleich auf den Plänen der Stadtverwaltung zur Ersatzunterkunft für Asylbewerber in der Wodanstraße zu erfassen (siehe letzter Ratschlag). Das war die Bewährungsprobe. Im offenen demokratischen Prozess entstand im Beirat eine Forderungsliste für den neuen Standort. Die Angelegenheit Wodanstraße ist im Sande verlaufen, weil die Ausschreibung glück- und erfolglos war.

Fach- und Stadtbezirksbeiräte können aber, und das sei hier kritisch zu bemerken, aufgrund ihrer mangelnden Befugnisse nach Hauptsatzung des Stadtrats Spielball der Verwaltung oder von Interessengruppen werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat bei der Personalauswahl daher neben der Fachlichkeit auch auf starke Persönlichkeiten geachtet.

## Unsere Fachbeiräte:

MigrantInnenbeirat	Annette Körner (SV Norman Volger)
Behindertenbeirat	Hella Mucke (WVL) (SV Nicole Lakowa)
Drogenbeirat	Prof. Dr. Oliver Stoll (SV Karsten Kietz - WVl)
Kleingartenbeirat	Andreas Rosch (SV Jürgen Kasek)
Tierschutzbeirat	Norman Volger (SV Prof. Eberhard Grün - WVl)
Seniorenbeirat	Irgard Gruner (SV noch unbesetzt)
Gleichstellungsbeirat	Katharina Krefft (SV Markus Kowolik - WVl)

## Unsere Stadtbezirksbeiräte

Nord	Heike König, Falco Bestfleisch (WVL)
Nordwest	Roland Wächter
Ost	Stephan Stach
Südost	Nicole Lakowa
Süd	Ines Bolle, Jürgen Ackermann, Dietmar Kipping (WVL)
Südwest	Cordula Rosch, Kristina Weyh
West	Jürgen Kasek
Altwest	Katja Potowsky
Mitte	Alrun Tauché, Tim Eischner

## Unser Ortschaftsrat

Lürzschena-Stahmeln	Dr. Oliver Fanenbruck
---------------------	-----------------------

## Neues aus dem Stadtrat

Unter dem Titel „Was damals Recht war ... - Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ hat die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin eine Wanderausstellung konzipiert, die anhand von Fallgeschichten über **Unrecht und Willkür der nationalsozialistischen Militärjustiz** informiert. Auf unsere Initiative hin haben alle demokratischen Fraktionen im Stadtrat einstimmig beschlossen, die Ausstellung nach Leipzig zu holen und sie an einem würdigen und zentral gelegenen Ort der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Seit ihrer Eröffnung 2007 in Berlin ist sie bereits in zahlreichen Städten gezeigt worden. Im Zentrum der Präsentation stehen neben Fallgeschichten nicht nur von Deserteuren, sondern auch von sogenannten Wehrkraftzersetzerinnen und Volksschädlingen auch Biografien von Angehörigen des Widerstandes in besetzten europäischen Ländern.



Zur Sicherstellung einer umweltverträglichen Mobilität bitten wir den Oberbürgermeister, gemeinsam mit MDV und LVB eine **ÖPNV-Schnupper-Ticket-Aktion** zu starten, mit der neue Fahrgäste für den ÖPNV in Leipzig gewonnen werden sollen. Hierfür können Erfahrungen des Rhein/Main-Verkehrsbundes (RMV) hinzugezogen werden. Nach einem positiven Verlauf könnte diese dann jährlich durchgeführt werden. Eine weitere Ausweitung der Verkehrsanteile des ÖPNV ist unumgänglich. Insbesondere Berufspendler nutzen den ÖPNV mit 15-20% noch viel zu selten. Dies können wir nur mit einem kontinuierlichen Ausbau des Angebotes, des Services und natürlich des Marketings erreichen. Die LVB ist zwischenzeitlich bereits der Anregung gefolgt und wird die Schnupperaktion im April erstmals anbieten. Sehr lobenswert!

Einer Erneuerung der **Gesamtvereinbarung zum Umbau des Zentralstadions Leipzig** stimmte der Stadtrat in seiner Märzsitzung zu. In den nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen ist es gelungen, die von Seiten der Besitzgesellschaft zunächst geforderte Verlängerung des Mietvertrages für das Hauptgebäude bis 2035 abzuwehren. Gleiches gilt für

## Impressum

Herausgeber:  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat Leipzig  
Neues Rathaus / Zimmer 103  
Martin-Luther-Ring 4 - 6  
04109 Leipzig  
Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175  
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de  
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Konto für „Ratschlag“:  
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig  
BLZ 860 555 92  
Konto-Nr. 1194900638

Redaktion:  
Ingo Sasama (V.i.S.d.P.), Katja Potowsky,  
Cordula Rosch

Fotos und Abbildungen:  
Jan Kaerer (Leipziger Internetzeitung  
3), Familie Malz (5), Sebastian Brauner  
(HCL, 7), Bürgerverein Möckern-  
Wahren (9), Thomas Franke (12),  
Geschäftsstelle, comcores GmbH

Druck:  
Druckerei Hennig  
04416 Markkleeberg  
Magdeborner Straße 7

Auflage: 1.700

eine weitere Option auf Verlängerung des Nutzungsvertrages für die ARENA Leipzig zu unveränderten Bedingungen für fünf Jahre sowie eine Vereinbarung über die unentgeltliche wirtschaftliche Nutzung der Namensrechte an der ARENA Leipzig durch die ZSL. Alte Forderungen wurden gegenseitig aufgerechnet, womit aus aktueller Sicht beidseitig bestehende Differenzen zur Gesamtvereinbarung beigelegt sind. Letztlich wurde auch einer Umbenennung des Zentralstadions Leipzig in „Red Bull ARENA Leipzig“ zugestimmt. Leider konnte die langjährig strittige Nutzung der Hauptheide der ARENA für den Sport wiederum nicht befriedigend geklärt werden.







**Wolfram Leuze**  
Jurist i. R.  
Fraktionsvorsitzender  
Jahrgang 1939  
verheiratet,  
2 erwachsene Kinder

Verwaltungsausschuss; Ältestenrat  
Fachausschuss Kultur, Vorsitzender; Fachausschuss  
Finanzen; Aufsichtsrat LVV; ZV Sparkasse



**Annette Körner**  
Betriebliche  
Umweltbeauftragte,  
Geschäftsführerin  
Förderverein UiZ  
Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende  
Jahrgang 1962  
Diplom-Chemikerin,

Umweltbildungsmanagerin, 3 Kinder  
Jugendhilfeausschuss / + UA; Umlegungs-  
ausschuss; AR LWB; ZV Sparkasse;  
ZV Parthenaue; Migrantenbeirat



**Roland Quester**  
Leiter der Leipziger  
Umweltbibliothek  
stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender  
Jahrgang 1965  
Möbeltischler,  
Umweltberater  
Lebensgemeinschaft,  
4 Kinder

Verwaltungsausschuss; FA Stadtentwicklung und  
Bau, Vorsitzender; AR Stadtwerke; ZV Neue Harth



**Katharina Krefft**  
Ärztin  
Jahrgang 1978  
verheiratet, 3 Kinder

FA Jugend/Soziales/Gesundheit und Schule  
AR BBVL; AR St. Georg; AR Städt. Altenpflegeheime



**Ingo Sasama**  
Fraktionsgeschäftsführer  
Jahrgang 1960  
verheiratet, 3 Kinder

Grundstücksverkehrsausschuss;  
FA Sport; FA Allgemeine Verwaltung;  
Petitionsausschuss; AR LWB; AR LECOS



**Dr. Oliver Fanenbruck**  
Physiker  
Jahrgang 1963  
verheiratet  
Grundstücksverkehrs-  
ausschuss, Rechnungs-  
prüfungsausschuss; FA  
Umwelt und Ordnung;

BA Stadtreinigung und Bestattungswesen;  
AR Stadtwerke; AR Gewerbehof + Service GmbH  
Zweckverband Abfallwirtschaft



**Ansgar Maria König**  
Sänger  
Jahrgang 1960  
verheiratet, 4 Kinder

BA Kulturstätten; Bewertungsausschuss; FA  
Wirtschaft und Arbeit; BA Gesundheit / Soziales  
AR LVB; AR LEVG + LEVG & Co. KG



**Malte Reupert**  
Bio-Landwirt und  
Inhaber „Biomare“  
Jahrgang 1970  
Patchwork-Familie,  
4 Kinder

Fachausschuss Finanzen; Fachausschuss Wirtschaft  
und Arbeit; AR PUUL; AR LVV; ZV Planungsver-  
band Westsachsen; Kuratorium Leipziger Stiftung  
für Innovation und Technologietransfer



**Michael Schmidt**  
Arbeitnehmerberater  
Jahrgang 1977  
verheiratet, 2 Kinder

Jugendhilfeausschuss; Fachausschuss  
Sport; Betriebsausschuss Gesundheit /  
Soziales; AR Sportbäder; AR BBVL



**Norman Volger**  
Geschäftsführer  
DAKS e. V.  
Jahrgang 1978  
ledig, 1 Kind

Vergabeausschuss VOL; Fachausschuss Umwelt /  
Ordnung; Fachausschuss Jugend/Soziales/Gesund-  
heit und Schule; AR Wasserwerke; Tierschutzbeirat



**Bert Sander**  
(WVL)  
Freiberuflicher  
Lektor, Dozent  
Jahrgang 1960  
verheiratet, 2 Kinder

Fachausschuss Kultur; Fachausschuss Allge-  
meine Verwaltung; Betriebsausschuss Kultur-  
stätten; AR Zoo; ZV Kulkwitzer See



**Arnold Winter**  
(WVL)  
Rentner  
Beisitzer im  
Fraktionsvorstand  
Jahrgang 1941  
Dipl.-Ing. Maschinenbau  
(FH), Dipl.-Ing. Ök. (Uni)  
verheiratet, 1 Sohn

Verwaltungsausschuss; Vergabeausschuss VOB;  
Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau;  
AR LVB; Beirat für integrierte Stadtentwicklung



**Katja Potowsky**  
Referentin  
Jahrgang 1977  
Betriebswirtin mit  
Wirtschaftsdiplom (VWA)  
Lebensgemeinschaft,  
1 Kind

Stadtbetriebsbeirat Altwest; AG Straßen-  
umbenennungen; AG Wahlausschüsse



**Cordula Rosch**  
Referentin  
Jahrgang 1968  
Diplom-Religions-  
pädagogin (FH)  
verheiratet, 3 Kinder

Stadtbetriebsbeirat Südwest; Fachforum  
Wohnhilfen; AG Recht auf Wohnen